



4.10.2024

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung des Vizepräsidenten / des Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

gemäß Artikel 136 Absatz 2 der Geschäftsordnung

zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau gegen die Einflussnahme Russlands im Vorfeld der anstehenden Präsidentschaftswahl und eines Verfassungsreferendums über die Integration in die EU (2024/2821(RSP))

Siegfried Mureșan, Andrzej Halicki, Michael Gahler, Sebastião Bugalho, David McAllister, Željana Zovko, Nicolás Pascual De La Parte, Isabel Wiseler-Lima, Antonio López-Istúriz White, Wouter Beke, Krzysztof Brejza, Daniel Caspary, Rasa Juknevičienė, Sandra Kalniete, Ondřej Kolář, Andrey Kovatchev, Andrius Kubilius, Miriam Lexmann, Vangelis Meimarakis, Ana Miguel Pedro, Davor Ivo Stier, Michał Szczerba, Ingeborg Ter Laak, Matej Tonin, Milan Zver, Ioan-Rareș Bogdan, Daniel Buda, Gheorghe Falcă, Mircea-Gheorghe Hava, Dan-Ștefan Motreanu, Virgil-Daniel Popescu, Adina Vălean, Loránt Vincze, Iuliu Winkler
im Namen der PPE-Fraktion

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Republik Moldau gegen die Einflussnahme Russlands im Vorfeld der anstehenden Präsidentschaftswahl und eines Verfassungsreferendums über die Integration in die EU (2024/2821(RSP))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine jüngsten Entschlüsse zur Republik Moldau,
 - unter Hinweis auf das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Moldau andererseits¹, das eine vertiefte und umfassende Freihandelszone umfasst,
 - unter Hinweis auf den Antrag der Republik Moldau vom 3. März 2022 auf Beitritt zur Europäischen Union und unter Hinweis darauf, dass der Europäische Rat dem Land in der Folge am 23. Juni 2022 auf der Grundlage einer positiven Bewertung durch die Kommission und im Einklang mit dem Standpunkt des Parlaments den Status eines Bewerberlandes zuerkannt hat,
 - unter Hinweis auf die Einberufung der ersten Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über den Beitritt der Republik Moldau zur EU, die im Juni 2024 stattfand,
 - gestützt auf Artikel 2 und 49 des Vertrags über die Europäische Union,
 - gestützt auf Artikel 136 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die Republik Moldau am 20. Oktober 2024 eine Präsidentschaftswahl und ein Verfassungsreferendum über die Integration in die EU abhalten wird;
- B. in der Erwägung, dass die Russische Föderation immer wieder auf Provokationen, Desinformation, die illegale Finanzierung politischer Parteien, Cyberangriffe und andere hybride Mittel zurückgreift, um die Stabilität, Souveränität und Verfassungsordnung sowie die demokratischen Institutionen der Republik Moldau auszuhöhlen; in der Erwägung, dass die subversiven Aktivitäten Russlands in der Republik Moldau darauf abzielen, die Unterstützung der Bevölkerung für den vom moldauischen Volk gewählten europäischen Weg zu schwächen und einer Destabilisierung Vorschub zu leisten;
- C. in der Erwägung, dass die EU 2023 Sanktionen gegen mächtige moldauische Oligarchen und prorussische Sympathisanten wie Ilan Șor, Vladimir Plahotniuc, Igor Ceaika, Gheorghe Cavaliuc und Marina Tauber verhängt hat, und zwar auf der Grundlage einer kürzlich eingeführten Sanktionsregelung gegen Personen, die für

¹ ABl. L 260 vom 30.8.2014, S. 4.

Handlungen verantwortlich sind, die dazu dienen, die Souveränität und Unabhängigkeit der Republik Moldau zu destabilisieren, zu untergraben oder zu gefährden;

- D. in der Erwägung, dass die USA im Juni 2024 zusammen mit dem Vereinigten Königreich und Kanada die Bemühungen Russlands um subversive Aktivitäten und Einmischung in Wahlen offengelegt haben, die sich gegen die Republik Moldau richten;
- E. in der Erwägung, dass die USA im September 2024 drei Organisationen und zwei Personen wegen ihrer Beteiligung an den destabilisierenden Handlungen Russlands im Ausland benannt haben, wobei insbesondere auf die verdeckten Fähigkeiten des staatlich finanzierten Senders RT (ehemals „Russia Today“) hingewiesen wurde; in der Erwägung, dass die USA aufgedeckt haben, dass die Aktivitäten von RT inzwischen über Medienoperationen hinausgehen und der russische Sender aktiv an Cyberaktivitäten, verdeckter Einflussnahme, militärischer Beschaffung, Informationskriegsführung in mehreren Regionen und Bemühungen um Einmischung in die Wahlprozesse Moldaus sowie an der direkten Unterstützung des flüchtigen moldauischen Oligarchen Ilan Șor in Abstimmung mit dem russischen Geheimdienst beteiligt ist, um das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Moldau im Oktober 2024 und des Verfassungsreferendums über den EU-Beitritt zu beeinflussen;
- F. in der Erwägung, dass die Republik Moldau Schritte unternommen hat, um der Einmischung Russlands entgegenzuwirken, unter anderem durch das Verbot prorussischer politischer Parteien, die Sanktionierung von Oligarchen, die Auflösung von Medienunternehmen, die Desinformation verbreiten, und durch verstärkte Zollkontrollen;
- G. in der Erwägung, dass das moldauische Volk und die moldauische Führung trotz all dieser Destabilisierungsversuche nach wie vor entschlossen sind, dem gewählten proeuropäischen Weg zu folgen;
- H. in der Erwägung, dass die Republik Moldau am 3. März 2022 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt hat und die Kommission am 17. Juni 2022 ihre Stellungnahmen zu den Anträgen der Ukraine, Georgiens und Moldaus vorgelegt hat; in der Erwägung, dass der Republik Moldau am 23. Juni 2022 der Status eines EU-Bewerberlandes zuerkannt wurde; in der Erwägung, dass die Kommission in ihrem Bericht über das Erweiterungspaket 2023, der am 8. November 2023 vorgelegt und in dem die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen wurde, neun Schritte skizziert hat, die die Republik Moldau zu ergreifen hat, sobald die verbleibenden Reformen in den Bereichen Justiz, Korruptionsbekämpfung und Beseitigung oligarchischer Strukturen abgeschlossen worden sind; in der Erwägung, dass der Europäische Rat am 14. Dezember 2023 beschlossen hat, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, und dass die erste Regierungskonferenz, auf der diese Verhandlungen offiziell aufgenommen wurden, am 25. Juni 2024 stattfand; in der Erwägung, dass der Beitritt zur EU nach wie vor ein auf Leistungen gestützter Prozess ist, der die Erfüllung der Kriterien für die EU-Mitgliedschaft erfordert;
- I. in der Erwägung, dass die moldauische Regierung einen ehrgeizigen Prozess politischer, justizieller und institutioneller Reformen verfolgt; in der Erwägung, dass es der Republik Moldau trotz der dramatischen Auswirkungen des Krieges auf die Ukraine

gelingen ist, ihre Demokratie deutlich zu konsolidieren und den Reformkurs beizubehalten; in der Erwägung, dass sich die Verbesserungen im demokratischen System des Landes in seinen Fortschritten bei verschiedenen internationalen Indizes niederschlagen:

- J. in der Erwägung, dass die EU am 24. April 2023 im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Partnerschaftsmission der EU in Moldau eingerichtet hat, um die Widerstandsfähigkeit des Sicherheitssektors im Bereich des Krisenmanagements, hybrider Bedrohungen und der Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einmischung aus dem Ausland zu stärken;
- K. in der Erwägung, dass die Republik Moldau am 21. Mai 2024 als erstes Land eine Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit der EU unterzeichnet hat, die dazu beitragen wird, die Zusammenarbeit zwischen der EU und Moldau im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken;
- 1. bekräftigt sein uneingeschränktes Eintreten für die künftige Mitgliedschaft der Republik Moldau in der EU und stellt fest, dass das Land seinen Platz in der EU finden sollte; ist der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft des Landes eine geostrategische Investition in ein geeintes und starkes Europa darstellen würde;
- 2. fordert die Kommission auf, den Abschluss des bilateralen Screening-Prozesses zu beschleunigen, was die rasche Organisation künftiger Regierungskonferenzen und die möglichst baldige Aufnahme von Verhandlungen im Rahmen des Clusters I „Wesentliche Elemente“ ermöglichen wird;
- 3. verurteilt die zunehmenden böswilligen Aktivitäten, Einmischung und hybride Kriegsführung der Russischen Föderation, ihrer Institutionen und Stellvertreter, die das Ziel haben, den demokratischen Wahlprozess, die Stabilität und die Souveränität der Republik Moldau im Vorfeld der Präsidentschaftswahl und des Verfassungsreferendums über die Integration in die EU zu untergraben;
- 4. fordert die russischen Staatsorgane erneut auf, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Republik Moldau zu achten und die Provokationen und Versuche einzustellen, das Land zu destabilisieren und seine verfassungsmäßige Ordnung und seine demokratischen Institutionen zu untergraben;
- 5. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die Republik Moldau alle erforderliche Unterstützung erhält, um ihre institutionellen Mechanismen und ihre Fähigkeit zu stärken, auf hybride Bedrohungen zu reagieren und Desinformation und Cyberattacken abzuwehren; unterstreicht die Bedeutung der EU-Partnerschaftsmission in der Republik Moldau für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des moldauischen Sicherheitssektors in den Bereichen Krisenbewältigung und hybride Bedrohungen, einschließlich Cybersicherheit und Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, und fordert, dass das Mandat der Mission verlängert wird;

6. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Republik Moldau aktiv bei der Bekämpfung von Desinformation, hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und der vielfältigen Einmischung Russlands zu unterstützen; betont, wie wichtig es ist, der Fälschung und Instrumentalisierung der Geschichte durch Russland entgegenzuwirken, die ein Beleg mehr für die böswillige Einmischung des Landes in die Republik Moldau sind und zur Rechtfertigung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und von Russland zur Drohung einer weiteren Aggression gegen andere Staaten herangezogen werden; ist der Ansicht, dass diese Maßnahmen auch die Stärkung der Fähigkeit der Republik Moldau zur Bekämpfung von Desinformation, die Stärkung ihrer Cybersicherheitsinfrastruktur und die Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegen böswillige Einflussnahme aus dem Ausland umfassen sollten, damit für ein sicheres und demokratisches Umfeld gesorgt wird; fordert eine verstärkte Unterstützung des moldauischen Zentrums für strategische Kommunikation und Bekämpfung von Desinformation;
7. fordert die EU und gleichgesinnte Staaten auf, die Einmischung Russlands in den moldauischen Wahlprozess aufmerksam zu verfolgen und bereit zu sein, bestehende Sanktionsregelungen gegen Einzelpersonen und Organisationen anzuwenden, die sich aktiv an der Untergrabung und Destabilisierung der politischen Landschaft, der Verbreitung von Desinformation und Chaos beteiligen;
8. betont, wie wichtig es ist, dass der Reformprozess des Landes fortgesetzt wird, nicht nur um das politische Ziel der EU-Mitgliedschaft zu erreichen, sondern vor allem um den Lebensstandard aller Gesellschaftsschichten des Landes spürbar zu verbessern; begrüßt die breite Unterstützung der Republik Moldau für ihre europäische Integration;
9. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die finanzielle und technische Hilfe für die Republik Moldau aufzustocken, um den Prozess der raschen und wirksamen Integration des Landes in die EU zu erleichtern; empfiehlt die Schaffung robuster und flexibler Instrumente, die auf die besonderen Bedürfnisse der Republik Moldau zugeschnitten sind, damit die wirtschaftlichen und strukturellen Herausforderungen des Landes wirksam bewältigt werden und man sicherstellt, dass das Land widerstandsfähig bleibt und in der Lage ist, die erforderlichen Reformen auf seinem Weg zum EU-Beitritt umzusetzen, und, dass es angemessen finanziert wird; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Republik Moldau in das Instrument für Heranführungshilfe einzubeziehen und der Finanzierung von Bewerberländern in ihrem Vorschlag für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (2028-2034) Vorrang einzuräumen, sodass der Weg zur EU-Mitgliedschaft sichergestellt wird;
10. fordert die Annahme eines neuen Wachstumsplans für die Republik Moldau, um das Land bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Konvergenz mit der EU angemessen zu finanzieren und zu unterstützen; ist der Ansicht, dass mit diesem Plan Investitionen in die Infrastruktur, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen und den digitalen und ökologischen Wandel finanziert werden sollten, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu ermöglichen;

11. bekräftigt seine Forderung nach einer innovativen, komplementären und flexiblen Interaktion zwischen der Umsetzung des Assoziierungsabkommens und dem Prozess der Beitrittsverhandlungen, die es der Republik Moldau ermöglicht, sich auf der Grundlage eines Aktionsplans mit prioritären Maßnahmen und einschlägiger bereichsspezifischer Programme schrittweise in den EU-Binnenmarkt zu integrieren, und durch die das Land Zugang zu einschlägigen EU-Mitteln erhält, damit die Bürger der Republik Moldau die Vorteile des Beitritts schon während des Prozesses und nicht erst nach dessen Abschluss nutzen können;
12. spricht sich für eine verstärkte finanzielle Unterstützung aus der Europäischen Friedensfazilität aus, um die Verteidigungsfähigkeiten der Republik Moldau weiter zu verbessern, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Luftabwehrsystemen, Mobilität und Verkehr, Führung, elektronischer Kriegsführung und Logistik liegt;
13. begrüßt die erheblichen Anstrengungen der moldauischen Behörden, die Reformagenda voranzubringen, um Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft zu erzielen; würdigt die Fortschritte, die die Republik Moldau bei der Reform des Justizwesens, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zum Beitrittsantrag der Republik Moldau, erzielt hat; fordert die Regierung der Republik Moldau auf, weiterhin mit allen Interessenträgern darauf hinzuwirken, im Einklang mit den Empfehlungen der EU und der Venedig-Kommission eine nachhaltige und umfassende Reform der Justiz und der Korruptionsbekämpfung zu erreichen; betont die absolute Priorität der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, die im EU-Beitrittsprozess erheblich an Bedeutung gewonnen hat und nach wie vor eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft ist und durch die sichergestellt werden soll, dass eine Erweiterung der EU die Europäische Union und ihren Binnenmarkt stärkt und nicht schwächt;
14. fordert die Kommission auf, die Republik Moldau bei der Stärkung ihrer Energieversorgungssicherheit zu unterstützen, indem sie den Bau neuer Stromleitungen mit Nachbarländern unterstützt; fordert die Kommission auf, bereit zu sein, im Falle einer Energiekrise vor und während der Heizperiode Soforthilfe anzubieten; fordert die EU auf, Projekte in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien als saubere und nachhaltige Alternative zur Diversifizierung der Energieversorgung der Republik Moldau zu unterstützen;
15. würdigt den Beitritt Moldaus zu EU-Programmen wie „EU4Health“, „Zoll“, Horizont Europa, LIFE, „Fiscalis“, der Fazilität „Connecting Europe“, dem Binnenmarktprogramm, „Digitales Europa“, „Kreatives Europa“, dem Katastrophenschutzverfahren der Union, der Vereinbarung über die gemeinsame Beschaffung, dem Programm für Beschäftigung und soziale Innovation, dem Interreg-NEXT-Programm für das Schwarzmeerbecken 2021–2027, dem Interreg-Programm für den Donauraum 2021–2027, Interreg-NEXT-Programm für Rumänien und die Republik Moldau und Erasmus+; unterstützt die Einbeziehung der Republik Moldau in die Initiative „Roaming zu Inlandspreisen“;

16. fordert die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst auf, die strategische Kommunikation über die EU in der Republik Moldau zu verbessern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Medienkompetenz und die Unabhängigkeit der Medien in der Republik Moldau weiterhin zu unterstützen sowie die digitale Härtung ihrer kritischen Infrastruktur und den Austausch von aus Russland stammenden Systemen der Informations- und Kommunikationstechnologie zu unterstützen;
17. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, der Regierung und dem Parlament der Republik Moldau, der Russischen Föderation, den Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und dem Europarat zu übermitteln.